

An den Vorsitzenden
Der Gemeindevertretung von Niedernhausen
Wilrijkplatz

03.05.2022 Seite 1

Sehr geehrter Herr Müller,

wir bitten Sie, folgenden Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung der Gemeindevertretung zu setzen:

Antrag

zu Informationen vom Gemeindevorstand für die Gemeindevertretung zum Verwaltungsgerichtsverfahren Martin Oehler ./ Gemeindevertretung Niedernhausen.

Die Gemeindevertretung beschließt, dass der Gemeindevorstand die Gemeindevertretung ausführlich über den aktuellen Stand des Verwaltungsgerichtsverfahren Martin Oehler./Gemeindevertretung Niedernhausen. berichtet und darüber hinaus folgenden Fragen beantworten soll:

1. Wer ist der Verantwortliche in der Verwaltung der Gemeinde Niedernhausen, der den Schriftverkehr und die weitere Korrespondenz mit dem HSGB als Vertretung für die Gemeindevertretung bzw. deren Vorsitzendem führt?
2. Wer ist bisher für die Schriftsätze, die Schreiben, des HSGB an das Verwaltungsgericht im Verwaltungsgerichtsverfahren Martin Oehler gegen die Gemeindevertretung Niedernhausen verantwortlich?
3. Wer gibt grundsätzlich Schreiben des HSGB an das Verwaltungsgericht im Namen der Gemeindevertretung frei und trägt dafür die Verantwortung?
4. Wie kommt es dazu das vom HSGB Tatsachen im Verwaltungsverfahren, Oehler, Martin./Gemeindevertretung der Gemeinde Niedernhausen, Behauptungen vorgehalten werden die nicht zutreffend und entgegen den Kenntnissen der öffentlich bekannten Ereignisse, die der kompletten Gemeindevertretung bekannt sein sollten, sind.

Auszug aus dem Schreiben vom 25.08.2021 an das VG-WI Unregelmäßigkeiten im Wahlverfahren

Die Aussage im Schreiben des HSGB vom 14.06.2021 auf Seite 5:
**„Der Vorwurf des Klägers, wonach von der Gemeinde Briefwahlunterlagen
versandt worden seien, die nicht als Originalstimmzettel, sondern
Musterstimmzettel gekennzeichnet waren, ist haltlos und wird entschieden
zurückgewiesen. Dieser Vorwurf entbehrt jeder Grundlage“,**
wird im Folgenden wiederlegt!

Dem HSGB ist scheinbar nicht bekannt, was allen Interessierten der Öffentlichkeit Niedernhausens bekannt ist, dass in Niedernhausen Musterzettel von der Gemeinde Niedernhausen an Briefwähler versendet wurden.

Scheinbar hat der HSGB keine Informationen von den Inhalten aller Einsprüche, gemäß: Einspruch gegen die Gültigkeit der Kommunalwahl vom 14.03.2021 gemäß §25 (1) KWG, erhalten.

Auf der Internet-Gemeindeseite „niedernhausen.de“ waren alle Einsprüche für die Öffentlichkeit einzusehen. Die Ausgabe von Musterstimmzettel durch die Gemeinde Niedernhausen ist eindeutig nachgewiesen.

Dem Wahlleiter und der Gemeindeverwaltung sind spätestens aus den Einsprüchen gegen die Gültigkeit der Kommunalwahl vom 14.03.2021 gemäß §25 (1) KWG, die dort aufgeführten Sachverhalte bekannt.

In einigen Einsprüchen wird ausführlich beschrieben von wo aus „Muster-Stimmzettel“ ausgegeben wurden, siehe z.B. Einspruch von Monika Schneider vom 06.04.2021 Eingang Fachdienst II/1, 07.Apr.2021, Seite 3, Zitate:

„Herr Ulf Gottwalles, wohnhaft Steinritz 25 erhielt am 17.02.2021 mit den Briefwahlunterlagen den mit „Muster“ gekennzeichneten Stimmzettel für die Gemeindevertretung. Am 18.02.2021 war er zusammen mit seiner Ehefrau persönlich zum Umtausch im Rathaus. Dabei wurden sie Zeugen davon, das den Mitarbeitern auffiel, dass ein Stapel Musterstimmzettel auf dem Ausgabetisch für die Briefwahlunterlagen lag. Dieser wurde sofort durch den richtigen ersetzt. Die Aufregung der Mitarbeiter war sehr groß, weil sie nicht erklären konnten, wann der Fehler mit dem falschen Stapel passiert war und wie viele von den Musterstimmzetteln schon ausgegeben worden sein könnten. Zudem waren sie unsicher, ob nur das Rathaus oder auch die Ausgabestelle in der Aulahalle betroffen war. Den Sachverhalt wollten die Mitarbeiter dem Wahlleiter vortragen.“

Diese Übersendung ungültiger Wahlunterlagen ist in großer Anzahl an diejenigen erfolgt, die Briefwahlunterlagen beantragt hatten. Das stellt im Rechtssinne eine Unregelmäßigkeit im Wahlverfahren dar, da diese Personen aufgrund der von der Gemeinde zur Verfügung gestellten Wahlunterlagen keine gültige Stimme abgeben konnten.

Dazu trägt als weitere Unregelmäßigkeit das nicht lösungsorientierte Krisenmanagement des besonderen Wahlleiters bei. Bei einem entsprechend transparenten und frühzeitigen Vorgehen hätten möglicherweise die Auswirkungen durch fehlerhafte Wahlunterlagen und damit die Anzahl der ungültigen Stimmen zumindest deutlich reduziert werden können.“

siehe u.a. im Weiteren **Anlage A 1.1 – A 1.6**, Kopie vom Einspruch von Monika Schneider vom 06.04.201 Eingang Fachdienst II/1, 07.Apr.2021 gesamt 6 Seiten

5. Ist es zu billigen, in Kauf zu nehmen das der HSGB im Namen seiner Mandantschaft, der Gemeindevertretung Niedernhausen (37 Mandanten als Gesamtbetroffene) falsches Zeugnis ablegt?
6. Darf der HSGB seine Meinung entgegen allgemein bekannten Tatsachen, entgegen gesetzte Darstellungen ausführen und somit versuchen, dass Gericht mit falschen Behauptungen in die Irre zu führen?

7. Darf der HSGB wissentlich entgegen der nachweislichen Tatsachen, versuchen dem VG falsche Behauptungen als richtig darstellen um die Argumente des Klägers zu entkräften
8. Ist es im Sinne der Gemeindevertretung wenn der HSGB entgegen besseren Wissens der Gemeindevertretung falsches Zeugnis abgibt?
9. Wie sieht der Gemeindevorstand die aktuellen Aussichten zu einem baldigen Verfahrensende?

Begründung:

Am 21.05.2022 jähren sich die Klageeingaben von Martin Oehler gegen die Entscheidungen der Gemeindevertretung beim Verwaltungsgericht Wiesbaden und sind noch anhängig.

Der Gemeindevertretungsvorsitzende hat den Auftrag, die Vertretungsvollmacht im Verwaltungsgerichtsverfahren Martin Oehler./Gemeindevertretung Niedernhausen, an den Hessischen Städte und Gemeindebund HSGB unterschrieben. Alles Weitere wurde dann nach seiner Aussage von der Gemeindeverwaltung erledigt.

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung der den Auftrag an den HSGB unterschrieben hat, besitzt keine Kenntnis von den Abläufen und dem Sachstand der Gerichtsakte und den Abläufen des Verfahrens.

Im Interesse der Öffentlichkeit sollte die Beklagtenvertretung der Gemeindevertretung, personell nicht von Verursachern (aus der Verwaltung der Gemeinde Niedernhausen) des Klagegegenstandes (Durchführung und Ergebnis der Kommunalwahl) kommen.

Die Gemeindevertretung könnte aus Ihren Reihen einen Ausschuss bilden, der auch die Angelegenheiten im Interesse der Gemeindevertretung mit dem HSGB für die Gemeindevertretung erledigt.

Weitere Begründung erfolgt mündlich.

Anlagen 0 Blatt

Gesamt 3 Blatt

Finanzierung: Verwaltungskosten

Mit freundlichen Grüßen

Martin Oehler

für die OLN – Fraktion